

Inhalt der Sitzung vom 26.09.2011

Aus der Gemeinderatssitzung am Montag, 26.09.2011

TOP Ö 2

Entscheidung über die Annahme von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen nach § 78 Abs. 4 GemO

Die Gemeinde Plankstadt erhielt von der Praxis für Psychopädie Yvonne V.B. und Werner Wohlfahrt 433,20 € als Spende für eine Parkbank in der Grünfläche an der B 535. Die Hausfrauen Plankstadt e.V. spendeten gebunden für eine namentlich genannte Familie 250 € für die Notgemeinschaft. Durch den Gewinn der RNF-Sommertour erhielt die Gemeinde ein E-Bike im Wert von 1.999 €. Die Firma Armin Schmidt GmbH stellte der Freiwilligen Feuerwehr einen Laptop im Wert von 1.850 € zur Verfügung.

GR Ulrike Breitenbücher (PL) bedankte sich im Namen der PL bei den Spendern und betonte die Freude über den Gewinn der RNF-Sommertour. Sie gab die Zustimmung der PL.

GR Karl Schleich (CDU) sprach im Namen der CDU Dank aus und gab die Zustimmung.

GR Jutta Schneider (SPD) bedankte sich im Namen der SPD und gab die Zustimmung. Sie fragte, wo die Parkbank stehe. BAL Boxheimer antwortete ihr, dass diese auf dem Hügel über dem Tunnel der B535 stehe. Schneider sagte, hier sollten noch weitere Bänke folgen. BGM Schmitt erläuterte, dass das Regierungspräsidium lediglich der Aufstellung von insgesamt zwei Parkbänken zugestimmt habe und die Verwaltung habe diese zweite Bank bereits beschafft.

GR Ulf-Udo Hohl (GLP) gab die Ablehnung der GLP zu der Spende für eine Parkbank in der Grünfläche der B 535. Es sei eine Zumutung auf dem Tunnel zu sitzen, wo früher das Zeitloch war und eine Zumutung, weil die Spender Befürworter der B 535 seien. Für die restlichen Spenden und die Schenkung gab er die Zustimmung der GLP.

Der Beschluss wurde mehrheitlich angenommen mit 17 Ja-Stimmen von PL, CDU, SPD und BGM bei 2 Gegenstimmen der GLP.

TOP Ö 3

Bericht über die offene Jugendarbeit in Plankstadt

Postillion e.V. ist von der Gemeinde mit dem Betrieb der offenen Jugendarbeit in Plankstadt betraut. In nicht-öffentlicher Sitzung beauftragte der Gemeinderat die Verwaltung, gemeinsam mit Postillion e.V. die Öffnungszeiten (max. 1 h/Öffnungstag) zu wenig frequentierten Randzeiten zu reduzieren. Die Kernzeiten bleiben dabei unverändert.

Zu dem Tagesordnungspunkt war Herr Lars Kunitsch von Postillion e.V. anwesend, der den kurzfristig verhinderten Herrn Stefan Lenz vertrat.

Herr Kunitsch informierte, dass man seitens Postillion e.V. die Jugendarbeit im Bereich der mobilen Arbeit ausbauen will. Dies werde in Kooperation mit Eppelheim geschehen, entsprechende Fördermittel sind beantragt. So könne besser auf die Brennpunkte vor Ort eingegangen werden, so dass eine Reduzierung der Randzeiten im Jugendhaus seitens Postillion e.V. durchaus vertretbar sei.

BGM Schmitt sagte, dass es wohl sinnvoll sei, den TOP zu vertagen und Herrn Lenz nochmals einzuladen, da die gegebene Information zu dürftig als Grundlage für eine sinnvolle Entscheidung sei.

GR Ulrike Breitenbücher (PL) begrüßte die Anwesenheit der Jugendlichen vom Jugendzentrum, um sich einzubringen. Sie sagte, der jetzige Informationsstand im Rat sei nicht optimal und stellte den Antrag, den TOP zu vertagen. Es sei sehr wichtig, dass ältere Jugendliche den Jugendgruppenleiterlehrgang machen.

GR Jutta Schuster (CDU) sagte, es sei lobenswert, dass die Jugendlichen aktiv geworden sind. Es mache keinen Sinn die Öffnungszeiten zu reduzieren. Für die Schulsozialarbeit habe sie leider immer noch kein Konzept gesehen. Die CDU könne der Vorlage nicht zustimmen.

GR Gaby Wacker (SPD) sagte, die Lage zu diesem Punkt sei unübersichtlich. Sie sagte, es gäbe keinen Beschluss des Gemeinderats und sie sei der Meinung, dass das Jugendzentrum gut besucht sei. Die Vereine können keine Alternative für die Jugendlichen sein. Jugendarbeit sei Präventionsarbeit und koste Geld. Jugendunruhen wie in den Städten müsse man nicht haben. Sie gab die Ablehnung der SPD.

GR Sigrid Schüller (GLP) sagte, dass die erfolgreiche Arbeit im Jugendzentrum nicht bestraft werden solle und sagte eine mögliche Stundenreduzierung werde seitens der GLP abgelehnt.

GR Horst Kolb (PL) erkundigte sich nach dem Vorschlag von Herrn Wieder.

Herr Kunitzsch sagte, dass es künftig eine engere Zusammenarbeit von Postillion e.V. und dem Jugendrotkreuz zur Ausbildung von Jugendbegleitern geben solle.

Der Antrag auf Vertagung wurde mehrheitlich mit 11 Gegenstimmen von CDU, SPD und GLP bei 8 Ja-Stimmen von PL und BGM abgelehnt.

Der geänderte Beschlussvorschlag, der Gemeinderat stimme dem Konzept der offenen Jugendarbeit des Postillion e.V. zu mit der Maßgabe, dass keine Veränderung des Stundenkontingentes damit verbunden ist, wurde einstimmig angenommen mit 1 Enthaltung vom BGM.

TOP Ö 4

Ergänzung der Richtlinien für Ehrungen durch die Gemeinde Plankstadt in der Fassung vom 17. Januar 2011

Die Richtlinien für Ehrungen durch die Gemeinde Plankstadt in der Fassung vom 17. Januar 2011 sollen unter „II. Ehrungen für sportliche Leistungen-§10 Sportlerplaketten“ ergänzt werden. Die Sportlerplakette in Gold soll für 30 maliges Ablegen des Deutschen Sportabzeichens verliehen werden, die Sportlerplakette in Silber für 25 maliges Ablegen und die Sportlerplakette in Bronze für 20 maliges Ablegen. Damit wird sichergestellt, dass Leistungen von Bürgerinnen und Bürger gewürdigt werden können, die langjährig das Sportabzeichen regelmäßig ablegen.

GR Fredi Engelhardt (PL) sagte, dass diese Ergänzung angebracht sei um besondere sportliche Leistungen auch in fortgeschrittenem Alter zu würdigen. Er gab die Zustimmung der PL.

GR Karl Schleich (CDU) hielt die Ergänzung ebenfalls für angebracht und gab die Zustimmung der CDU.

GR Prof. Ulrich Mende (SPD) gab die Zustimmung der SPD, nachdem er auf das Veröffentlichungsdatum der Richtlinie im GMB hingewiesen hatte.

GR Ulf- Udo Hohl (GLP) gab die Zustimmung der GLP.

TOP Ö 5

Einbringung Haushaltsplanentwurf 2012 und Wirtschaftsplanentwurf 2012 (jeweils mit Finanzplanung)

Die zentrale Aufgabe der Gemeinde Plankstadt ist den Haushalt nachhaltig zu konsolidieren. Der Investitionsbedarf ist genau zu überprüfen und dem nachhaltigen Abbau von Schulden muss hohe Priorität eingeräumt werden, um einer Begrenzung des Gestaltungsspielraums der zuständigen Organe durch den anwachsenden Schuldendienst entgegenwirken zu können. Zur Verbesserung der Leistungskraft des Verwaltungshaushalts sollten die Einnahmemöglichkeiten zeitnah und in angemessenem Umfang ausgeschöpft werden.

Die Verwaltung schlug in einer nichtöffentlichen Klausursitzung am 28.03.2011 eine Vielzahl von Haushaltsverbesserungen vor. Eine Mehrheit für größere Einsparungen bzw. Erhöhungen war nicht ersichtlich. Der Haushalt 2012 soll durch eine Entnahme aus der allgemeinen Rücklage von ca. 2,1 Mio €, durch Grundstückserlöse von ca. 2 Mio € und einer eventuellen Kreditaufnahme von 200.000 € zur Finanzierung einer Photovoltaikanlage auf dem Dach der Turn- und Schwimmhalle der Friedrichschule ausgeglichen werden. Haushaltsplanentwurf und Wirtschaftsplanentwurf 2012 werden zur weiteren Beratung an eine nichtöffentliche Klausursitzung am 10.10.2011 verwiesen.

Bürgermeister Jürgen Schmitt betonte, dass man gemeinsam tragfähige Grundlagen erarbeitet hat, um den Standort Plankstadt zu fördern. Im laufenden Jahr wurden wichtige Projekte auf den Weg gebracht, wie etwa den Neubau der Kinderkrippe sowie die Sanierung der Sporthallen der Schulen. Aber Plankstadt gehört leider nicht zu den reichen Kommunen in Baden-Württemberg, die eine gute Einnahmesituation haben und großflächig investieren können. Plankstadt kann sich nur dank Vermögensveräußerungen und Kreditaufnahmen über Wasser halten. Es muss weiterhin ein klarer Sparkurs eingehalten werden und man kann nicht immer so, wie man will. Die schönsten Pläne nutzen wenig, wenn der Haushalt die Mittel nicht hergibt.

GR Dr. Stephan Verclas (PL) gab die Zustimmung der PL zur Vertagung in eine nichtöffentliche Klausursitzung. Er forderte den Bürgermeister auf, häufiger mit dem Gemeinderat bei kleineren Maßnahmen, die im Zuständigkeitsbereich des Bürgermeisters liegen, Rücksprache zu halten.

GR Jutta Schuster (CDU) sagte, dass die CDU-Fraktion die Vorlage zur Kenntnis nehme. Anträge bis zum 28.09.2011 abgeben zu können sei jedoch nicht realistisch.

GR Prof. Ulrich Mende (SPD) sagte, dass die SPD-Fraktion dem Beschlussvorschlag nicht zustimmt. Er forderte die Vorberatung an den VKSS zu verweisen.

GR Ulf-Udo Hohl (GLP) fragte, bis wann überhaupt Anträge gestellt werden können. BGM Schmitt sagte, dass Anträge bis zur öffentlichen Beratung und Beschlussfassung im Gemeinderat gestellt werden können und dann im Rahmen des Haushaltsbeschlusses behandelt werden. Hohl sagte, die GLP nehme die Vorlage zur Kenntnis.

GR Jutta Schneider (SPD) fragte, wo in der Gemeindeordnung die „Klausursitzung“ definiert sei. Man müsse die Gemeindeordnung anwenden, sie habe genug von den „Lex Schmitt“.

BGM Schmitt verwies auf den üblichen Sprachgebrauch für eine nichtöffentliche Gemeinderatssitzung und sagte, dass man selbstverständlich die Gemeindeordnung anwende und einhalte. Er bekundete sein Unverständnis zu dieser Äußerung.

Der Beschlussvorschlag wurde mehrheitlich angenommen mit 13 Ja Stimmen von PL, CDU und BGM, bei 3 Gegenstimmen der SPD und 3 Enthaltungen von GLP und GR Prof. Udo Weis (CDU).

TOP Ö 6

Abschluss eines Vertrages mit der Genossenschaft Badischer Friedhofsgärtner eG für ein Grabpflegemodell auf dem Plankstadter Friedhof mit Ergänzung/Änderung der Friedhofssatzung der Gemeinde Plankstadt vom 14.12.2009

Auf Anregung der Plankstadter Liste wurde mit der Genossenschaft Badischer Friedhofsgärtner eG Kontakt

aufgenommen und ein Vertrag für ein gärtnerbetreutes Gräberfeld auf dem Plankstadter Friedhof entwickelt. Am 27. Juni wurde das Vorhaben bereits im Ausschuss vorberaten. Die Gemeinde weist im Feld A des Friedhofes zunächst ein Gräberfeld aus, in dem die Grabstätten nur vergeben werden, wenn die Nutzungsberechtigten gleichzeitig einen Grabpflegevertrag mit der Genossenschaft Badischer Friedhofsgärtner eG abschließen, die das Gräberfeld selbständig vorbereitet und für die Vertragslaufzeit von 25 Jahren unterhält.

GR Gerhard Waldecker (PL) gab die Zustimmung der PL.

GR Karl Schleich (CDU) gab die Zustimmung der CDU.

GR Gaby Wacker (SPD) gab die Zustimmung der SPD und fragte, wie geregelt wird, welche Gärtnerei einen Auftrag von der Genossenschaft bekommt. BGM Schmitt sagte, man werde diese Frage klären und informieren.

GR Sigrid Schüller (GLP) sagte, dass nun nur noch ein Friedwald in Plankstadt fehle. Sie gab die Zustimmung der GLP.

TOP Ö 7

Aufstellung Bebauungsplan „Ehemaliges Ausbesserungswerk“

Große Kreisstadt Schwetzingen

Parallele Änderung des Flächennutzungsplans 2015/2020 (FNP)

Nachbarschaftsverband Heidelberg-Mannheim

-Beteiligung der Nachbargemeinden gemäß §§ 3 + 4 Abs. 2 BauGB

Mit Schreiben vom 09. September 2011 hat die Stadt Schwetzingen in Kooperation mit der Planungsgesellschaft FIRU mbH gem. BauGB im Rahmen der Beteiligung der Nachbargemeinden die Entwurfsunterlagen zur Aufstellung des betr. Bebauungsplans vorgelegt und um Stellungnahme gebeten. Das Plangebiet beinhaltet im Wesentlichen den Nordbereich des ehemaligen Bundesbahnausbesserungswerks auf Schwetzinger Gemarkung. Die Fläche soll als Gewerbegebiet ausgewiesen werden. Geplant ist die Ansiedlung eines Logistikcenters für einen französischen Sportartikelhändler. Die Erschließung des Gebiets soll über einen Kreisverkehrsplatz erfolgen, der im Bereich des jetzigen Knotenpunkts der K 4144 und dem Zubringer zur B 535 errichtet werden soll. Der Flächennutzungsplan 2015/2020 sieht für den Planungsbereich „Gemischte Baufläche“ vor. Die Verkehrsbelastung von täglich max. 80 LKW in der Endausbaustufe wurde durch entsprechende Vereinbarungen in städtebaulichen Verträgen festgeschrieben und dadurch die Belastung durch Verkehrsemissionen in Grenzen gehalten. Die Verkehrs- und Gewerbelärmeinwirkungen unterschreiten nach den Berechnungen der beteiligten Fachbüros die zulässigen Immissionsgrenzwerte an allen Punkten in Plankstadt.

GR Gerhard Waldecker (PL) gab zu bedenken, dass die Grenzwerte für Emissionen und Immissionen sehr knapp erreicht wurden. Man sei von Seiten Schwetzingens schon öfters nicht ganz korrekt behandelt worden. Nun sei eine Mautpflicht auf der B535 bei gleichzeitigem LKW-Durchfahrtsverbot in der Gemeinde anzustreben. Er gab für die PL grundsätzlich die Zustimmung und verlangte, dass die Abwasserfrage hinsichtlich der weiteren Entwicklung genau zu klären sei.

GR Andreas Berger (CDU) schloss sich den Ausführungen des Vorredners an und sagte, dass eine Maut wenn auch für PKW erhoben werden solle. Er gab die Zustimmung der CDU.

GR Prof. Ulrich Mende (SPD) sagte, dass man nicht wisse, ob die Gutachten stimmen. Die Anwohner hätten mit ihren Bedenken recht. Man sei von Schwetzingen in der Vergangenheit mehrfach über den Tisch gezogen worden. Er äußerte erhebliche Bedenken, was den Kanalanschluss angehe und gab die Ablehnung der SPD.

GR Ulf-Udo Hohl (GLP) forderte, dass Schwetzingen die Leistungen für einen eventuell notwendigen Düker übernehmen müsse. Er forderte die Ausnahme für Verkaufsflächen im Bebauungsplan zu unterbinden und vertrat

die Ansicht, dass die Wertigkeit der Flächen die Plankstadt beim Gemarkungstausch bekomme geringer sei als die der Flächen die abgegeben werden. Er erachtete die ausgewiesene Ausgleichsfläche als Grund, warum sich Schwetzungen von dem Gebiet trennen will und sagte, man habe die Ausgleichsflächen systematisch verschwiegen. Er sagte weiter, dass er der Überzeugung sei, dass das Ortsobershaupt nicht die Interessen von Plankstadt vertrete.

Bürgermeister Schmitt meinte, dass dies als Beleidigung aufzufassen sei. Er vertrete immer und entschieden die Interessen Plankstadts und mahnte GR Hohl, dass er sich zukünftig normaler Umgangsformen bedienen und den Rahmen der Sachlichkeit einhalten solle.

GR Ulrike Breitenbücher (PL) fragte, ob im Ochsenhorn Probleme mit dem Abwasseranschluss entstehen könnten? BAL Boxheimer antwortete, dass hier jedenfalls kein Düker notwendig sei und man an die bestehende Abwasserleitung anschließen könne.

Der Beschlussvorschlag wurde mehrheitlich angenommen mit 14 Ja-Stimmen von PL, CDU und BGM, bei 5 Gegenstimmen von SPD und GLP.

TOP Ö 8

Bauvoranfrage zur Änderung der Bauweise und Wandhöhe auf den Doppelhausgrundstücken Flst.Nrn. 5085 und 5086, Bgm.-Werner-Weick-Str. 5 und 7

Für die Grundstücke Bgm.-Werner-Weick-Str. 5 und 7 wurde eine Bauvoranfrage zur Abweichung von der im Bebauungsplan festgesetzten Doppelhausbauweise eingereicht. Geplant ist die Errichtung eines freistehenden Einzelhauses mit 2 Wohneinheiten innerhalb des Doppelhausbaufensters und einer Doppelgarage.

BAL Boxheimer korrigierte zu Beginn die Sitzungsvorlage, in der als Grundstück fälschlicher Weise die Bgm.-Werner-Weick-Str. 5 und 7 genannt wird auf die richtige Adresse Willy-Brandt-Straße 5 und 7.

GR Silke Layer (PL) gab die Zustimmung für die PL.

GR Andreas Berger (CDU) gab die Zustimmung für die CDU.

GR Prof. Ulrich Mende (SPD) gab die Zustimmung für die SPD.

GR Sigrid Schüller (GLP) gab die Zustimmung für die GLP.

TOP Ö 9

Bekanntgabe der in der nichtöffentlichen Gemeinderatssitzung am 06.06.2011 gefassten Beschlüsse

TOP NÖ 1

Ansiedlung von Lebensmitteleinzelhandel

Mehrheitlich angenommen.

TOP NÖ 2

Turnhalle Humboldtschule Sanierung der Westseite -Auftragsvergabe Fensterbauarbeiten

Einstimmig angenommen.